

# **SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

( Antrag Nr. 2886/2012 )

Eingereicht am 13.12.2012 um 15:56 Uhr.

**Ratsversammlung 31.01.2012**

---

## **Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer Resolution zur Teilnahme am Bundesratsantrag zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG)**

### **Antrag**

Der Rat der Stadt Hannover fordert die Landesregierung Niedersachsen auf, sich an dem Bundesratsantrag zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) zu beteiligen

### **Begründung:**

Die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz haben eine Initiative zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) gestartet. Der Rat der Stadt Hannover fordert die niedersächsische Landesregierung auf, sich dieser Bundesratsinitiative anzuschließen. Den bisher im AsylbLG genannten Leistungsberechtigten sind stattdessen soziale Leistungen entsprechend der allgemein geltenden Normen zu gewähren. Dies wäre die folgerichtige Weiterführung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 18.07.2012. Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Urteil die Regelungen zu den Grundleistungen in Form der Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für verfassungswidrig erklärt. Die Höhe der Geldleistungen sei evident unzureichend, weil sie nicht das vom Grundgesetz garantierte menschenwürdige Existenzminimum gewährleisten würden. Das Bundesverfassungsgericht verlangt, dass die staatlichen Hilfen für AsylbewerberInnen und Kriegsflüchtlinge erhöht werden müssen. Künftig sollen sie in etwa auf dem Niveau von Sozialhilfe und Hartz IV liegen.

Im Sinne des Konnexitätsgrundsatzes ist eine Mehrbelastung der Kommunen durch entsprechende bundesgesetzliche Regelungen auszuschließen.

Damit würde sich auch die diskriminierende und integrationsfeindliche Praxis der Gutscheinausgabe anstelle von Bargeld erledigen.

Christine Kastning  
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau  
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 17.12.2012